

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

Hessisches Ministerium
für Wirtschaft, Verkehr
und Landesentwicklung
Herrn Staatsminister
Dr. Alois Rhiel
Kaiser-Friedrich-Ring 75

65185 Wiesbaden

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21

Datum: 21.06.2005

Aktiver Schallschutz für Offenbach

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Rhiel,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 16.06.2005 zu DS I (A) 853 folgenden Beschluss gefasst hat:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert **Fraport**, Fluggesellschaften, Deutsche Flugsicherung und beteiligte Landes- und Bundesministerien auf, die Reduzierung des dramatischen Fluglärms über Offenbach durch Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes zu forcieren. Verschiedene Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes (Versetzen der Landeswellen, steilerer Gleitwinkel, eventuell auch das Steilstartverfahren) erscheinen als geeignet für die Entlastung der Bevölkerung in den von Fluglärm besonders betroffenen Stadtteilen. Wenn die Potenziale dieser Maßnahmen konsequent genutzt werden, dürfte eine spürbare Lärmentlastung kurzfristig erreichbar sein.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung darüber zu informieren, welche Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes Offenbach entlasten könnten und auf welchem Wege, in welchem Zeitraum und mit welchen Bündnispartnern deren Umsetzung möglich sein könnte. In diesem Zusammenhang sollte auch die Bedeutung der Beteiligungen der Stadt an einschlägigen Gremien (Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen, Regionales Dialogforum, Fluglärmkommission, Regionalversammlung, Zukunftsinitiative Rhein-Main etc.) für die Durchsetzung von Aktivem Schallschutz dargelegt werden. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen Überblick über Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung in Sachen Fluglärm zu geben.

3. Der Magistrat wird beauftragt zu berichten, ob durch eine Öffnung der Startbahn West zu einer in beide Betriebsrichtungen zur Verfügung stehenden Start- und Landebahn die von der Fraport offiziell angestrebte Kapazität von 660.000 Flugbewegungen im Jahr erreichbar wäre und somit der Bau einer weiteren Bahn überflüssig wäre.

Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung leite ich diesen Beschluss an Sie weiter, wobei ich zu Ihrer besonderen Aufmerksamkeit Ziffer 1 empfehle. Ich möchte Sie bitten, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten entsprechend tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



/ Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Herrn Bundesminister Jürgen Trittin
Ministerbüro
Alexanderplatz 6

10178 Berlin

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
OG 2
Datum: 21.06.2005

Aktiver Schallschutz für Offenbach

Sehr geehrter Herr Bundesminister Trittin,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 16.06.2005 zu DS I (A) 853 folgenden Beschluss gefasst hat:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert **Fraport**, Fluggesellschaften, Deutsche Flugsicherung und beteiligte Landes- und Bundesministerien auf, die Reduzierung des dramatischen Fluglärms über Offenbach durch Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes zu forcieren. Verschiedene Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes (Versetzen der Landeswellen, steilerer Gleitwinkel, eventuell auch das Steilstartverfahren) erscheinen als geeignet für die Entlastung der Bevölkerung in den von Fluglärm besonders betroffenen Stadtteilen. Wenn die Potenziale dieser Maßnahmen konsequent genutzt werden, dürfte eine spürbare Lärmentlastung kurzfristig erreichbar sein.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung darüber zu informieren, welche Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes Offenbach entlasten könnten und auf welchem Wege, in welchem Zeitraum und mit welchen Bündnispartnern deren Umsetzung möglich sein könnte. In diesem Zusammenhang sollte auch die Bedeutung der Beteiligungen der Stadt an einschlägigen Gremien (Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen, Regionales Dialogforum, Fluglärmkommission, Regionalversammlung, Zukunftsinitiative Rhein-Main etc.) für die Durchsetzung von Aktivem Schallschutz dargelegt werden. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen Überblick über Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung in Sachen Fluglärm zu geben.

3. Der Magistrat wird beauftragt zu berichten, ob durch eine Öffnung der Startbahn West zu einer in beide Betriebsrichtungen zur Verfügung stehenden Start- und Landebahn die von der Fraport offiziell angestrebte Kapazität von 660.000 Flugbewegungen im Jahr erreichbar wäre und somit der Bau einer weiteren Bahn überflüssig wäre.

Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung leite ich diesen **Beschluss** an Sie weiter, wobei ich zu Ihrer besonderen Aufmerksamkeit Ziffer 1 empfehle. Ich möchte Sie bitten, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten entsprechend tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt **Offenbach** www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



/ Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

Bundesministerium für **Verkehr,**
Bau- und Wohnungswesen
Herrn Bundesminister
Dr. Manfred Stolpe
Invalidenstr. 14

10115 Berlin

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 21.06.2005

Aktiver Schallschutz für Offenbach

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. **Stolpe,**

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 16.06.2005 zu DS I (A) 853 folgenden Beschluss gefasst hat:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert **Fraport**, Fluggesellschaften, Deutsche Flugsicherung und beteiligte Landes- und Bundesministerien auf, die Reduzierung des dramatischen Fluglärms über Offenbach durch Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes zu forcieren. Verschiedene Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes (Versetzen der Landeswellen, steilerer **Gleitwinkel**, eventuell auch das Steilstartverfahren) erscheinen als geeignet für die Entlastung der Bevölkerung in den von Fluglärm besonders betroffenen Stadtteilen. Wenn die Potenziale dieser Maßnahmen konsequent genutzt werden, dürfte eine spürbare Lärmentlastung kurzfristig erreichbar sein.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung darüber zu informieren, welche Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes Offenbach entlasten könnten und auf welchem **Wege**, in welchem Zeitraum und mit welchen Bündnispartnern deren Umsetzung möglich sein könnte. In diesem Zusammenhang sollte auch die Bedeutung der Beteiligungen der Stadt an einschlägigen Gremien (Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen, Regionales Dialogforum, Fluglärmkommission, Regionalversammlung, Zukunftsinitiative Rhein-Main etc.) für die Durchsetzung von Aktivem Schallschutz dargelegt werden. Darüber hinaus wird der Magistrat **gebeten**, der Stadtverordnetenversammlung einen Überblick über Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung in Sachen Fluglärm zu geben.

3. Der Magistrat wird beauftragt zu berichten, ob durch eine Öffnung der Startbahn West zu einer in beide Betriebsrichtungen zur Verfügung stehenden Start- und Landebahn die von der Fraport offiziell angestrebte Kapazität von 660.000 Flugbewegungen im Jahr erreichbar wäre und somit der Bau einer weiteren Bahn überflüssig wäre.

Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung leite ich diesen Beschluss an Sie weiter, wobei ich zu Ihrer besonderen Aufmerksamkeit Ziffer 1 empfehle. Ich möchte Sie bitten, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten entsprechend tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

DFS Deutsche Flugsicherung GmbH
Unternehmenszentrale
Postfach 1243
63202 Langen

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 21.06.2005

Aktiver Schallschutz für Offenbach

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 16.06.2005 zu DS I (A) 853 folgenden Beschluss gefasst hat:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert **Fraport**, Fluggesellschaften, Deutsche Flugsicherung und beteiligte Landes- und Bundesministerien auf, die Reduzierung des dramatischen Fluglärms über Offenbach durch Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes zu forcieren. Verschiedene Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes (Versetzen der Landeswellen, steilerer Gleitwinkel, eventuell auch das Steilstartverfahren) erscheinen als geeignet für die Entlastung der Bevölkerung in den von Fluglärm besonders betroffenen Stadtteilen. Wenn die Potenziale dieser Maßnahmen konsequent genutzt werden, dürfte eine spürbare Lärmentlastung kurzfristig erreichbar sein.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung darüber zu informieren, welche Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes Offenbach entlasten könnten und auf welchem Wege, in welchem Zeitraum und mit welchen Bündnispartnern deren Umsetzung möglich sein könnte. In diesem Zusammenhang sollte auch die Bedeutung der Beteiligungen der Stadt an einschlägigen Gremien (Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen, Regionales Dialogforum, Fluglärmkommission, Regionalversammlung, Zukunftsinitiative Rhein-Main etc.) für die Durchsetzung von Aktivem Schallschutz dargelegt werden. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen Überblick über Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung in Sachen Fluglärm zu geben.

3. Der Magistrat wird beauftragt zu berichten, ob durch eine Öffnung der Startbahn West zu einer in beide Betriebsrichtungen zur Verfügung stehenden Start- und Landebahn die von der Fraport offiziell angestrebte Kapazität von 660.000 Flugbewegungen im Jahr erreichbar wäre und somit der Bau einer weiteren Bahn überflüssig wäre.

Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung leite ich diesen Beschluss an Sie weiter, wobei ich zu Ihrer besonderen Aufmerksamkeit Ziffer 1 empfehle. Ich möchte Sie bitten, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten entsprechend tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

BARIG e V
Board of Airline Representatives
in Germany
Unterschweinstiege 6

60549 Frankfurt

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
OG 21
Datum: 21.06.2005

Aktiver Schallschutz für Offenbach

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 16.06.2005 zu DS I (A) 853 folgenden Beschluss gefasst hat:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert **Fraport, Fluggesellschaften, Deutsche Flugsicherung** und beteiligte Landes- und Bundesministerien auf, die Reduzierung des dramatischen Fluglärms über Offenbach durch Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes zu forcieren. Verschiedene Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes (Versetzen der Landeswellen, steilerer Gleitwinkel, eventuell auch das Steilstartverfahren) erscheinen als geeignet für die Entlastung der Bevölkerung in den von Fluglärm besonders betroffenen Stadtteilen. Wenn die Potenziale dieser Maßnahmen konsequent genutzt werden, dürfte eine spürbare Lärmentlastung kurzfristig erreichbar sein.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung darüber zu informieren, welche Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes Offenbach entlasten könnten und auf welchem Wege, in welchem Zeitraum und mit welchen Bündnispartnern deren Umsetzung möglich sein könnte. In diesem Zusammenhang sollte auch die Bedeutung der Beteiligungen der Stadt an einschlägigen Gremien (Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen, Regionales Dialogforum, Fluglärmkommission, Regionalversammlung, Zukunftsinitiative Rhein-Main etc.) für die Durchsetzung von Aktivem Schallschutz dargelegt werden. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen Überblick über Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung in Sachen Fluglärm zu geben.

3. Der Magistrat wird beauftragt zu berichten, ob durch eine Öffnung der Startbahn West zu einer in beide Betriebsrichtungen zur Verfügung stehenden Start- und Landebahn die von der Fraport offiziell angestrebte Kapazität von 660.000 Flugbewegungen im Jahr erreichbar wäre und somit der Bau einer weiteren Bahn überflüssig wäre.

Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung leite ich diesen Beschluss an Sie weiter, wobei ich zu Ihrer besonderen Aufmerksamkeit Ziffer 1 empfehle. Ich möchte Sie bitten, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten entsprechend tätig zu werden und Ihre Mitglieder entsprechend zu informieren.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVORORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

Vorstand Fraport AG
Frankfurt Airport
Vorstandsvorsitzender
Dr. Wilhelm Bender

60547 Frankfurt/Main

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 21.06.2005

Aktiver Schallschutz für Offenbach

Sehr geehrter Herr Dr. Bender,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 16.06.2005 zu DS I (A) 853 folgenden Beschluss gefasst hat:

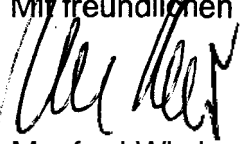
1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert **Fraport**, Fluggesellschaften, Deutsche Flugsicherung und beteiligte Landes- und Bundesministerien **auf**, die Reduzierung des dramatischen Fluglärms über Offenbach durch Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes zu forcieren. Verschiedene Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes (Versetzen der Landeswellen, steilerer Gleitwinkel, eventuell auch das Steilstartverfahren) erscheinen als geeignet für die Entlastung der Bevölkerung in den von Fluglärm besonders betroffenen Stadtteilen. Wenn die Potenziale dieser Maßnahmen konsequent genutzt werden, dürfte eine spürbare Lärmentlastung kurzfristig erreichbar sein.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung darüber zu informieren, welche Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes Offenbach entlasten könnten und auf welchem **Wege**, in welchem Zeitraum und mit welchen Bündnispartnern deren Umsetzung möglich sein könnte. In diesem Zusammenhang sollte auch die Bedeutung der Beteiligungen der Stadt an einschlägigen Gremien (Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen, Regionales Dialogforum, Fluglärmkommission, Regionalversammlung, Zukunftsinitiative Rhein-Main etc.) für die Durchsetzung von Aktivem Schallschutz dargelegt werden. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen Überblick über Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung in Sachen Fluglärm zu geben.

3. Der Magistrat wird beauftragt zu berichten, ob durch eine Öffnung der Startbahn West zu einer in beide Betriebsrichtungen zur Verfügung stehenden Start- und Landebahn die von der **Fraport** offiziell angestrebte Kapazität von 660.000 Flugbewegungen im Jahr erreichbar wäre und somit der Bau einer weiteren Bahn überflüssig wäre.

Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung leite ich diesen Beschluss an Sie weiter, wobei ich zu Ihrer besonderen Aufmerksamkeit Ziffer 1 empfehle. Ich möchte Sie bitten, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten entsprechend tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt **Offenbach** www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher